

Grundsätze der SLP-Steuerpolitik

Das Steuerthema beschäftigt nicht nur die Koalition. Die ÖGB-Lohnsteuerkampagne bezeugt das Interesse Hunderttausender. Steuerpolitik bedeutet Umverteilung. Der Trend: Einnahmen aus Gewinn und Vermögen sinken. Lohnabhängige zahlen einen immer größeren Teil der Zeche. Wir präsentieren sozialistische Steuer-Pläne gegen die herrschenden Ungerechtigkeiten.

Seite 2

Generalstreik in Belgien

Die neue belgische Regierung war kaum gebildet, schon formierte sich Widerstand gegen ihre Schock-Kürzungspolitik. Auf Basis eines Aktionsplanes der Gewerkschaften gipfelte der Protest vorerst in einem massiven Generalstreik am 15. Dezember. Das ist ein Vorgeschnack darauf, was auch „ruhigeren“ Ländern wie Österreich mit fortschreitender Krise bevorstehen kann.

Seite 12

Schwerpunkt

Es sieht aus, als wären Krieg und reaktionäre Kräfte im Vormarsch. Doch tatsächlich nehmen auch Klassenkämpfe, Proteste und Aufstände gegen die herrschende Ungerechtigkeit zu. **Seiten 7-10**



Normalpreis €1,-
Solopreis €2,-

VORWÄRTS

SLP)
Sozialistische LinksPartei

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 235 | 02.2015

Holen wir uns endlich das Geld der Reichen!

Auf der ÖGB-Homepage wird die Zeit heruntergezählt, bis von der Regierung eine Lohnsteuerreform erwartet wird. Glauben die ÖGB-Spitzen tatsächlich, dass die Regierung die Forderungen der Gewerkschaft erfüllt? Das „Nein“ der ÖVP ist bekannt und auch die SPÖ bleibt zum ÖGB-Modell auf Distanz. Man muss kein Hellseher sein, um zu wissen: jene Forderungen, für die fast 900.000 Menschen unterschrieben haben, werden von der Regierung nicht umgesetzt. Nicht mal ansatzweise – bricht doch die Wirtschaft gera-

letzten Jahrzehnten geht die Umverteilung v.a. in eine Richtung: von unten nach oben!

Die Gewerkschaft hat dabei viel zu lange zugesessen, teils nur halbherzig Widerstand organisiert, teils sogar bei den Angriffen mitgemacht. Die Lohnsteuerkampagne des ÖGB zeigt, dass es an der Basis brodelt und die Führung gezwungen ist, endlich etwas zu tun. Hier müssen wir den Druck erhöhen, uns die Gewerkschaften als Kampforganisationen zurückerobern. Denn Unterschriften und ei-



Wie lange will die Gewerkschaft noch warten? Von selbst werden die Reichen nichts hergeben!

de wieder ein, ist also erhöhter „Sparbedarf“.

Die ÖGB-Pläne sind ohnehin nur ein Teil dessen, was nötig wäre, um etwas mehr Gerechtigkeit ins Steuersystem zu bringen (siehe Seite 2). In den

ne Versammlung von v.a. freigestellten Betriebsrätern und GewerkschaftsfunktionärInnen reichen nicht. Das kann die Regierung aussitzen. Wir brauchen einen Aktionsplan, um diese

(und weitere) Forderungen umzusetzen. Beginnend bei Betriebs- und Dienststellenversammlungen sowie Versammlungen von Basismitgliedern der Gewerkschaften, wo in demokratischen Diskussionen Alle über die nächsten Kampfschritte entscheiden.

Dann braucht es einen österreichweiten Aktionstag: Wenn Hunderttausende auf der Straße sind, dann sieht die Re-

gierung, dass sie einen ernsthaften Gegner hat. Nämlich eine Organisation, die als nächste Eskalationsstufe Proteste bis hin zu Streiks vorbereitet. Nicht, weil wir so gerne kämpfen, sondern weil wir nicht mehr länger bereit sind, nur lieb „Bitte, bitte“ zu sagen und uns die Kürzungen einfach nicht mehr leisten können. Weil: Geschenkt wird uns nix!

Sonja Grusch

Die SLP fordert:

- Schluss mit dem Kuschelkurs des ÖGB!
- Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- Österreichweiter Aktionstag zur Durchsetzung einer Steuerreform zugunsten der Beschäftigten!

Der Standpunkt



von Sonja Grusch Hollande und Rajoy hatten nicht den Finger am Abzug in der Redaktion des Charlie Hebdo. Merkel und Netanjahu haben nicht in einem koscherem Supermarkt um sich geschossen. Auch Faymann, Mitterlehner und Hofer (FPÖ) waren beim Blutbad nicht dabei. Die unmittelbare Verantwortung für die grausame Tat liegt bei den Attentätern. Doch der politischen Verantwortung können sich diese PolitikerInnen nicht entziehen. Jahrzehnte der rassistischen Politik, gepaart mit sozialem Kahlschlag, der einer ganzen Generation die Lebensgrundlage zu entziehen droht: Das ist die Basis, aus der religiöser Fundamentalismus rekrutiert.

Denn sie wissen nicht, was sie tun. Oder doch?

Und während sie vor der Kamera Solidarität mit den Opfern heucheln, machen sie mit eben jener Politik weiter. Und treten just jene Werte, die sie zu verteidigen vorgeben, mit Füßen. Es geht um Meinungsfreiheit? In Spanien wird ein Satiriker angeklagt, der die Regierungspartei wegen ihrer Korruptionsskandale aufs Korn nahm. In Österreich wird unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung ein Sieben-Meilen-Schritt zur Totalüberwachung geplant. Während bei den Mitteln für Arbeitslose gekürzt wird, will das Innenministerium „einen dreistelligen Millionenbetrag“ in die Aufrüstung investieren.

Schaffen Überwachung und Aufrüstung mehr Sicherheit? Für die Herrschenden zweifellos, da sie sich dann gegen kommende Proteste besser verteidigen können. Doch echte Sicherheit ist nur soziale Sicherheit, die religiösem Fundamentalismus und Rechtsextremismus die soziale Basis entzieht. Doch die Regierungen zerschlagen die soziale Sicherheit ganz im Sinne kapitalistischer Logik weiter. Kein Wunder also, dass sie, während Millionen in ehrlicher Wut der Toten gedachten und auch gegen Rassismus demonstrierten, allein in einer Pariser Nebenstraße für ihr Foto posierten.

Impressum, Offenlegung lt. § 25 des Mediengesetzes:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappelgasse 2/1, 1200 Wien. | Die SLP ist eine politische Partei, deren Vertretung nach Außen durch Bundessprecherin Sonja Grusch erfolgt. Die Redaktion der Zeitung VORWÄRTS hat Sonja Grusch inne. | Grundlegende Richtung: Sozialistische Information im Sinne der Programmatik der SLP | Sitz der Partei: 1200 Wien, Pappelgasse 2/1 | Auflage: Je nach Thema unterschiedlich | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto.-Nr. 8812.733

Indirekte Steuern sollten direkt abgeschafft werden!

„**Indirekte**“ Steuern umfassen Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer, sowie Tabak-, Alkohol- und Mineralölsteuern. Sie wirken unabhängig von Einkommen und Vermögen. Somit ist die Belastung für Menschen mit niedrigen Löhnen bzw. Gehältern relativ zigfach höher als für Superreiche. Diese unsozialen Verbrauchssteuern fressen einen großen Teil des Einkommens auf. Indirekte Steuern erhöhen so die Armutgefähr-

dung. Der Anteil der indirekten Steuern am gesamten Steueraufkommen ist in Österreich viel höher als im EU-Durchschnitt und fast doppelt so hoch wie in den USA. Um das Steuersystem vom Kopf auf die Füße zu stellen, sind wir für eine Streichung sämtlicher indirekter Steuern. Die damit einhergehende Verschiebung zu direkten Steuern ermöglicht mehr soziale Staffelung und echte Umverteilung von oben nach unten.



Steuerreform ist Umverteilung!

Die Differenzen zwischen ÖVP und SPÖ spiegeln die verschiedenen Teile des Kapitals wider. Bundespräsident Fischer besiegelte mit

des österreichischen Steuersystems ändern.

Steuern auf Gewinn und Vermögen sind sehr niedrig und teilweise vollständig

Umgehung der Gewinnbesteuerung von AGs und GmbHs. Die Einkommenssteuer hat für alle Kapitaleinkommen zu gelten. Massensteuern sind abzuschaffen, die Negativsteuer für geringe Einkommen ist zu erhöhen. In jedem Fall können nur Mobilisierungen von Lohnabhängigen solche Veränderungen bewirken.

Steuerpolitische Kompromisse der Koalition werden die soziale Ungerechtigkeit beibehalten.

dem Wort „Vermögenszuwachssteuer“ die Abkehr der SPÖ von einer echten Vermögenssteuer. Andererseits ist weitsichtigeren StrategInnen klar, dass man ohne einer Steuersenkung für Beschäftigte eine Zunahme an sozialer „Verdrossenheit“ (© Fischer) riskiert. Doch selbst der ursprüngliche SPÖ-Plan würde nichts Wesentliches an der massiven Schieflage

dig umgehbar. Der Anteil der unsozialen Massensteuern ist extrem hoch, und die Lohnsteuer befindet sich im Steigflug. Die Eckpunkte unserer Steuerpläne: Wiedereinführung (+ starke Progression) von Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer, die Aufhebung von eigennützigen Privatstiftungen und ein Ende der Gruppenbesteuerung zur

Bei alldem dürfen wir jedoch nicht vergessen: Steuern sorgen dafür, dass der Staat Einnahmen hat. Was er damit tut, ist ein eigenes Thema. Dementsprechend hat selbst die beste sozialistische Steuerpolitik im Kapitalismus ihre Grenzen. Die Abschaffung von Ungleichheit gibt es nur mit der Abschaffung des Kapitalismus.

Franz Neuhold



Was tun, wenn das Kapital die Fliege machen will?

In Steuerdebatten wird schnell mit „Kapitalflucht“ gedroht. Wenn antikapitalistische oder ArbeiterInnen-Parteien durch Massenproteste an die Regierungsmacht gespült werden, können sie z.B. mittels staatlicher Außenhandels-Monopole Kapitalflucht einschränken. Noch wichtiger ist die Mobilisierung der betroffenen ArbeiterInnen. Eine Verlagerung von Betrieben kann durch Besetzung, Übernahme durch die Beschäftigten unter de-

ren demokratischer Kontrolle und Verwaltung, oder durch Enteignung verhindert werden. Bank-Konten ab einem gewissen Betrag sind einzufrieren. Deshalb fordern wir die Verstaatlichung des Bankensektors. Vervollständigt wird das Arsenal der ArbeiterInnen-Bewegung durch die Internationalisierung ihrer Politik. Agieren verbündete Kräfte in allen betroffenen Ländern solidarisch, wird Kapitalflucht bedeutungslos.



Spielt Strache bald Kanzler?

Die Wogen scheinen sich mittlerweile etwas geglättet zu haben, aber Ende 2014 waren recht schrille Töne aus den Regierungs-

Unabhängig vom tatsächlichen Wahltermin steht somit eine Regierungsbeteiligung der FPÖ im Raum. Dass die ÖVP

halb sich die FPÖ-Spitzen seit einiger Zeit gemäßigter und staatstragender geben wollen, als sie sind. Strache selbst unterschei-

das an der stramm rechts-rechten Ausrichtung der blauen Krawalltruppe: rassistisch, sexistisch, autoritär. Die wahren Ursachen für das Elend des viel zitierten „kleinen Mannes“ sind aber nicht „Migrantenströme“, „Genderwahnsinn“ oder „Islamisierung“ – sondern der profit-orientierte Kapitalismus. Und der ist auch und gerade den Freiheitlichen heilig, Anti-EU-Propaganda hin oder her.

Auf SPÖVP ist im Kampf gegen eine Regierungsbeteiligung von Strache und Co. jedenfalls kein Verlass. Dazu braucht es eine neue ArbeiterInnenpartei, in der die „kleinen Leute“ ihr Geschick selbst in die Hand nehmen: demokratisch, solidarisch, sozialistisch.

Alexander Svojtko

Mit dem vorläufigen Ende der Neuwahldebatte ist eine FPÖ-Regierungsbeteiligung noch nicht vom Tisch.

parteien zu hören. Das Ge-spenst vorgezogener Neu-wahlen ging um, und in der FPÖ-Zentrale rieben sich Strache und Co. wohl schon grinsend die Hände. Immerhin weisen nahezu sämtliche Umfragen der letzten Wochen die Blauen als Nummer Eins aus, während bei Neuwahlen eine parlamentarische Mehrheit für Rot-Schwarz alles andere als sicher wäre.

diesbezüglich wohl keinen Genierer kennen würde, braucht seit Schüssel/Haidinger nicht extra erwähnt zu werden. Aber auch in der Sozialdemokratie werden immer öfter Stimmen laut, die eine Koalition mit der selbsternannten „sozialen Heimatpartei“ nicht mehr länger „prinzipiell ausschließen“ wollen.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch, wes-

det mittlerweile (aber hallo!) „explizit zwischen normalen Muslimen und radikalen Islamisten“, wie sich die bürgerliche „Presse am Sonntag“ vom 11.1. freut. Er passt damit in den „nationalen Schulterschluss“ der Regierung „gegen den Terror“, wo man sich gemeinsam für mehr Überwachung stark macht, soziale Hintergründe aber ignoriert werden. Nichts ändert

Der rechte Rand

OrganisatorInnen und InitiatorInnen von „Pegida“ sind keine „besorgten Bürger“, sondern Rechtsextreme und Nazis. Der Vorkämpfer gegen „straffällige Ausländer“ Lutz Bachmann ist selbst mehrfach straffällig geworden und fällt durch ausländerfeindliche Hetze auf. Die Identitären und Pro-NRW-Funktionärin Melanie Dittmer organisierte den erfolglosen Bonn-Ableger. Ob „es den Holocaust gegeben hat“ ist nach ihrer Aussage „unerheblich“. Ihr Nachfolger ist Sebastian Nobile, Aktivist der „German Defence League“. Einige haben CDU- und FDP- bis hin zu NPD-Hintergrund. Und nein, nicht alle Mitmarschierenden sind Nazis. Es sind v.a. in der Krise zerriebene KleinbürgerInnen, die nur nach unten zu treten vermögen. Doch eine starke Mobilisierung bleibt bisher auf Dresden beschränkt; Aufmärsche in anderen Städten blieben klein oder wurden von einer Überzahl AntifaschistInnen verhindert.

Unterstützung aus Österreich gab es von den Identitären sowie von der Burschenschaft „Bruna Sudetia“. Die Facebook-Fans der Österreich-Ableger sind großteils aus Deutschland, Leute deren Profile z.B. mit „Volks-tod stoppen“ gestaltet sind. Weiters tummeln sich dort u.a. die Amtstettner FPÖ-Mandatarin Kashofer, der wegen Verhetzung verurteilte Ex-FPÖ-Abgeordnete „Königstiger“ Könighofer, die Tiroler FPÖ-Landtagsabgeordnete Schwaiger, sowie verurteilte Wiederbetätiger, Leute, die gerne „Mein Kampf“ lesen, zum Genozid auffordern, Kommentare wie „ab in die Kammer“ abgeben etc. (Quellen: Heimat ohne Hass, stopptdierchen).

Helga Schröder

Österreich: Steuerparadies für Reiche

Im OECD-Vergleich ist Österreich eines von nur drei Ländern mit einer degressiven Einkommenssteuer. Ab einem Jahreseinkommen von 60.000.- sinkt die Belastung durch Steuern und Abgaben wieder. Wer über 100.000.- pro Jahr kassiert, zahlt prozentuell genausoviel Steuer und Abgaben wie eine Durchschnittsverdienerin. Doppelt dramatisch, da die Reallöhne in den letzten fünf Jahren jedes Jahr gesunken sind.

Arbeit wird mit durchschnittlich 41,5 % besteuert, im Vergleich dazu zahlen Unternehmen nur 25 % Körperschaftssteuer. Doch dank Gruppenbesteuerung sinkt diese weiter – im Schnitt werden nur 17 % bezahlt, bei Banken sogar nur 7 %. Wer angestellt ist, hat keine Möglichkeit zur Steuerhinterziehung, – ganz im Gegensatz zu Unternehmen und Selbstständigen. Und die nutzen das auch.

Die 10 % der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen zahlen 2 % Lohnsteuern, 15 % Sozialversicherung und 19 % Verbrauchssteuern (insgesamt 36 %). Im Gegensatz dazu wird Vermögen kaum besteuert: 1993 hat ein SPÖ-Finanzminister die Vermögensteuer und andere Reichensteuern abgeschafft. Bei den extrem steuerschonenden Stiftungen muss für entnommene Gewinne nur 25 % Körperschaftssteuer bezahlt werden.

Beschäftigte zahlen mit Lohn- und Umsatzsteuer den Großteil der Steuern (67 %), Tendenz steigend. 2000-13: Lohnsteuereinnahmen + 67 %, Gewinnsteuereinnahmen + 43 %. Aber: Löhne und Gehälter + 48%, Gewinne + 51 %. Nur magere 1,3 % des Steueraufkommens kommen aus vermögensbezogenen Steuern (EU 15: 5,3 %). Für ein geschätztes Vermögen von 1.249 Milliarden Euro werden gerade mal 46 Millionen an Steuern bezahlt.

In den Dreißigern rollte eine Streikwelle über die USA, die mit dem konservativem Bild, das in Europa von den Vereinigten Staaten herrscht, nur schwer vereinbar ist. Die großartigen Erfolge, die dabei errungen wurden, sind u.a. darauf zurückzuführen, dass zu weiten Teilen Frauen und Männer, Weiße und Farbige, gemeinsam und gleichberechtigt zusammen kämpften. Der bedeutendste Sieg in dieser Welle an Streiks startete Ende 1936 bei General Motors (GM) in Flint, Michigan. Die Arbeiter waren bis dahin aus Angst wegen der aggressiven Firmenpolitik von GM gewerkschaftlich beinahe komplett unorganisiert.

Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!

ganisiert. Jedoch wurde, durch die Initiative und in geheimer Vorbereitung durch die UAW (Automobilgewerkschaft), das Werk in Flint am 30.12.1936 besetzt. Die Arbeiter verbarrikadierten sich in der Fabrik und bewaffneten sich mit Werkzeugen, um vor Angriffen der Polizei gewappnet zu sein. Es wurden demokratisch Komitees gewählt die für den Arbeitskampf, aber auch Versorgung, Hygiene, Schulungen, etc. zuständig waren. Am 11.1. versuchte schließlich die Polizei das Werk zu stürmen und schoss dabei auf Arbeiter. Jetzt mobilierten sich die Frauen der Stadt und durchbrachen mit Knüppeln bewaffnet die Polizeiketten. Die Polizei gab auf und kehrte an diesem Tag nicht mehr zurück. Nachdem die Arbeiter gedroht hatten das Werk zu verwüsten, gab die GM-Führung am 11.2. schließlich auf und akzeptierte die Forderungen auf eine gewerkschaftliche Vertretung.

Thomas Hauer

Unsozialer Sozialbereich

Im Jänner 2015 liefen die Verhandlungen zum Kollektivvertrag für die Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich. Ein Ergebnis stand zum Redaktionsschluss noch nicht fest. Über die - dringend nötige - Erhöhung der Löhne und Gehälter wurde erst gar nicht verhandelt. Schon 2013 hatten sich VertreterInnen der zuständigen Gewerkschaften (GPA-DJP und VIDA) mit der Arbeitgeberorganisation

in den etwas besser bezahlten Nacht- und Feiertagsdiensten zu arbeiten. Auch deswegen wurden die Proteste für eine bessere Bezahlung gerade von Frauen getragen!

Vor und nach dem Niedrigabschluss gab es Unterschriftenaktionen, Kundgebungen und Demonstrationen. Nicht zuletzt von „Sozial aber nicht blöd“ und der SLP organisiert. Die Gewerkschaftsspitzen aber ignorierten die For-

„Sozial aber nicht blöd“ fordert eine spürbare Verbesserung bei den jeweiligen Kollektivverträgen.

derungen vieler Beschäftigter und blieben dabei, nur über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln. „Sozial aber nicht blöd“ ist daher weiter aktiv. Eine wichtige Forderung ist die generelle Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn bzw. Gehalt da Burn Out ein massives Problem ist. Dazu kommen zahlreiche Forderungen, die



die KollegInnen in Pflege, Behindertenbetreuung, Sozialarbeit etc. unmittelbar betreffen. Etwa die Aufhebung der zehn-Jahres-Grenze bei der Anrechnung der Vor Dienstzeiten (was vor allem älteren KollegInnen helfen würde). Auch zur Arbeitssituation in der Pflege gab es im Dezember und Jänner erfolgreich

che Veranstaltungen und Aktionen. Denn wo die Gewerkschaftsführung faule Kompromisse abschließt, schließen sich immer mehr KollegInnen „Sozial aber nicht blöd“ an. Weitere Aktionen sind geplant.

Michael Gehmacher

<http://sozialaberichtbloed.blogspot.co.at/>



Arbeitslosigkeit: Gewerkschaftlicher Kampf nötig

Die offizielle Arbeitslosenquote stieg bis Ende Dezember auf 11,6 % (inkl. Schulungen) der arbeitsfähigen Bevölkerung; über 460.000 Personen. Das ist deutlich mehr als 2008/09, dem angeblichen „Höhepunkt“ der Krise. Das zeigt nicht nur, dass Beteuerungen der Regierung, man sei „gut durch die Krise gekommen“ und es gäbe eine „Erholung“ für viele Menschen eben nur das sind – Beteuerungen. Eine Erholung ist unter jetzigen Bedingungen

nicht in Sicht: Die deutsche – und daran angeschlossen die österreichische – Wirtschaft stagnieren im besten Fall. Sämtliche WirtschaftsforscherInnen gehen vom weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit aus.

Während die UnternehmerInnen auf Arbeitszeitflexibilisierung und Lohn(nebenkosten)senkungen drängen, schafft die Regierung durch ihre Kürzungspolitik selbst noch mehr Arbeitslose. Der ÖGB hat keine ernst-

zunehmenden Vorschläge zur Senkung der Arbeitslosigkeit. Doch das Gebot der Stunde wäre eine breit angelegte Kampagne (und zwar mehr als Unterschriftenaktionen) für eine echte Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Dies muss kombiniert sein mit entschlossenem Widerstand gegen jede Kürzung, Flexibilisierung und zur Verteidigung aller bedrohten Kollektivverträge..

Jan Rybak

¡No pasarán!

Ein Jänner ganz im Zeichen des Antifaschismus! Denn das neue Jahr beginnt mit mehreren Bällen, die von Burschenschaften organisiert und zur Vernetzung der Rechten genutzt werden. Doch immer mehr Menschen demonstrieren gegen die immer kleineren Bälle der Rechten. So waren z.B. in Linz 2.000 Menschen gegen den Burschenbundball auf der Straße. Die Stimmung war laut und kämpferisch. Verschiedenste Organisationen haben sich daran beteiligt, wie auch die SLP. Mit AktivistInnen aus Wien, Linz, Salzburg und Gmunden konnten wir einen großen Block stellen. Auch das VORWÄRTS und unsere Flugblätter kamen gut an.

Nach Linz gab es auch in Graz massive Proteste unter dem Motto „Fasching statt Faschismus“ und in Wien wird gegen den „Akademikerball“ – der ehemalige WKR-Ball – mobilisiert. In der Hofburg vernetzen sich nämlich Rechtsextreme aus ganz Europa. Sie repräsentieren eine frauenfeindliche und reaktionäre Weltanschauung. Burschenschaften stellen die Verbindung zwischen der FPÖ, anderen Rechtsextremen und auch Neonazis her. Sie stehen für eine herrschende Elite und ihre Privilegien. Sie fordern Kürzungen und Sparpa-

kete für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche. Vorne dabei die FPÖ, die lieber gegen die Reichensteuer als gegen Armut kämpft. Das ist natürlich keine Überraschung, da ihre Spitzes zu den SpitzenverdienerInnen Österreichs gehört.

Deshalb ist es umso wichtiger den Ball aufzuhalten. Der heurige Akademikerball soll auch der letzte sein! Um das zu schaffen, finden bereits seit geheimer Zeit wöchentliche Aktionen statt. Trotz der eisigen Kälte gab es regelmäßig Kundgebungen mit Zeitungsverkäufen und Flyern in mehreren Sprachen, die auf die Gefahr des Balles hinwiesen. Die SLP organisiert einen Demozug aus der Brigittenau, dem sozial schwächsten Bezirk Wiens. Denn Rassismus und Nationalismus schaffen keine Arbeitsplätze, freie Bildung und leistbare Wohnungen – dafür brauchen wir eine sozialistische Alternative! Es sind die Jugendlichen, die Arbeitslosen, die GewerkschafterInnen und die Beschäftigten, die den Ball verhindern können – wenn sie in Massen auf die Straße gehen, um zu verhindern, dass die rechte Elite unser Geld verprasst.

Sedef Yavuz

Video unter www.youtube.com/user/SocialistTube



Hackln bis zum Umfallen?

Seit über einem Jahr schon versuchen Wirtschaftskammer und Regierung, die Ausdehnung der täglichen Maximalarbeitszeit

terschriftenliste wird dem ÖGB übergeben. Zusätzlich sammeln wir Unterschriften von AK-Mitgliedern für einen Antrag

chen und animiert werden, gemeinsam mit uns Widerstand zu leisten. Bei den regelmäßigen Kundgebungen sind die Reakti-

Die SLP als treibende Kraft gegen den 12-Stunden-Tag in Salzburg.

auf 12 Stunden durchzubringen. Dass dies massive Verschlechterungen für Beschäftigte bringen würde, ist klar. Seit gut einem halben Jahr gibt es auch in Salzburg regelmäßig Widerstand dagegen.

Seit Oktober führt – auf Initiative der SLP – das Aktionsbündnis gegen den 12-Stunden-Tag Aktionen durch. Regelmäßig werden Unterschriften gesammelt. Eine Un-

an die Vollversammlung der AK-Salzburg im März. Diese wird u.a. aufgefordert, „ebenfalls Protestmaßnahmen dagegen zu organisieren bzw. zu unterstützen.“

Dies soll den Druck auf beide Organisationen verstärken, sich gegen die Einführung eines 12-Stunden-Tages zu stellen. Vor allem aber sollen Beschäftigte dadurch angespro-

onen durchaus positiv. Eine Pensionistin vor dem Interspar in Lehen meinte: „Ich bin seit 60 Jahren Gewerkschafterin und es ist ein Wahnsinn, was da gerade passiert. Super, dass ihr da so kämpft!“ Verständnis für die Position von Wirtschaftskammer und Regierung ist im Grunde nicht anzutreffen. Eine gute Basis also für weiteren Widerstand.

Lukas Kastner

Nein zu Burschis auch in Graz

Am 17.1 fand in Graz der rechtsextreme Grazer Akademikerball statt. Dieses Jahr organisierte die Offensive gegen Rechts Steiermark das erste Mal eine größere Demonstration gegen den Ball. Circa 1000 DemonstrantInnen gingen gegen Sexismus, Nationalismus und Ausbeutung auf die Straße. Die SLP beteiligte sich an den Protesten und den anschließenden Blockaden mit einem kämpferischen und lautem Block. Zahl-

reiche VORWÄRTS wurden verkauft. Über 20 DemonstrantInnen trugen sich in unsere Info-Listen ein, um mit der SLP aktiv zu werden. Bereits im Vorfeld mobilisierte die SLP Graz mit täglichen Aktionen für die Demonstration. So konnten wir nicht nur mit DemonstrantInnen, sondern auch mit PassantInnen über die Notwendigkeit diskutieren, gegen Rassismus und Ausbeutung auf die Straße zu gehen.

Nicolas Prettner

Termin des Monats



Stadtführung zum Februar 34

Im Februar 1934 erhoben sich die österreichischen ArbeiterInnen gegen den Austrofaschismus. Alleingelassen von der Führung der Sozialdemokratie kämpften sie dennoch in vielen Städten des Landes. Wir veranstalten eine Stadtführung zu Orten des Kampfes in Wien Brigittenau und Floridsdorf.

Freitag, 13.2.2015 um 17⁰⁰ Uhr (pünktlich)

Treffpunkt: Wien 21, Floridsdorfer Bahnhof – in der Kasenhalle vor dem Anker



Der Opernball. Superreiche verpassen ungern Jahreseinkommen normaler ArbeiterInnen im $\frac{3}{4}$ -Takt: Eine Rangloge im Zuschauerraum kostet ca. 40.000 €. Was soll's? Herr Lugner und sein gekaufter Superstar begleiten unser Leben nun mal wie die gelegentliche Durchfallerkrankung.

Doch 2015 feiert das Besitzbürgertum samt buckelndem Anhang seinen kulturellen Stillstand just am 12. Februar, dem Jahrestag des BürgerInnenkriegs von 1934. Schon in der Zwischenkriegszeit war es der Ball des bürgerlich-kapitalistischen Staates und seiner Elite. Ebendiese schlachtete im Jahr 1934 ArbeiterInnen ab und zerstörte die

Rote Seitenblicke

letzten Reste demokratischer Errungenschaften. Dem zuvorgegangen waren Massenarbeitslosigkeit, halb-staatliche Terrorangriffe auf Kundgebungen, der Börsenkrach 1929 und kurz darauf der Zusammenbruch der Creditanstalt. Die TeilnehmerInnen des Opernballs 2015 haben genauso keine schlüssigen Lösungen für die strukturelle Krise ihres Systems, gleich welcher Fraktion sie angehören. Demgegenüber gab es schon in den 1930ern eine Bewegung, die durch koordinierte Streikmaßnahmen das ganze Land in eine andere Richtung hätte führen können. Ein wesentlicher Teil der Bevölkerung stand damals hinter der Idee einer sozialistischen Systemänderung. Doch die Spitzen der Sozialdemokratie steckten schandvoll zurück und ermutigten so den Austrofaschismus (Nachfolgepartei: ÖVP) zum Entscheidungsschlag. Heute tanzt die SP-Spitze selbst am Opernball, während sie zum Bürgerkrieg auf die ÖVP-These der „geteilten Schuld“ eingeschwunken ist.

Satire zwischen unten und oben

Islamische Fundamentalisten richteten im Jänner ein Blutbad in der Redaktion der französischen Satirezeitung Charlie Hebdo an. Die SatirikerInnen waren aber

Alternative anders, aber nicht weniger blutig, entladen. Dafür werden Muslime nun unter noch mehr Repression und Hetze leiden müssen.

Die Herrschenden haben einen eigenen – ihren Bedürfnissen angepassten – Umgang mit der Pressefreiheit.

nicht jene, die für die Unterdrückung von Muslimen verantwortlich sind. Der Grund liegt in der systematischen Diskriminierung von Muslimen durch den französischen Staat und das Kapital. Waren Charlie Hebdos Mohammed-Karikaturen nicht erschienen, hätte sich die aufgestauten Wut über die Unterdrückung mangels einer linken

Charlie Hebdo versteht sich als linke Zeitung. Der ermordete Chefredakteur „Charb“ illustrierte u.a. auch ein Buch des französischen Marxisten Daniel Bensaid. Die Zeitung wurde von den Herrschenden unzählige Male wegen ihrer Kritik der herrschenden Politik und der etablierten Religion angegriffen. Nun wird sie im Namen der



Hier gab es keine Pressefreiheit: Die Verbreitung dieses Magazins wurde per Gericht verhindert.

„Meinungsfreiheit“ genau von jenen vereinnahmt, die sonst kein Problem mit Zensur haben. Am Beispiel des linken deutschen Satiremagazins Titanic: Seit

te jener, die unter diesem System leiden und dagegen ankämpfen. Wenn sie sich über ohnehin schon unterdrückte Schichten, wie Muslime, lustig machen, tragen sie damit zur Beibehaltung der Ungerechtigkeit bei oder verschärfen sie sogar. SozialInnen haben die Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen kritisiert – Nicht, weil sie prinzipiell der Meinung wären, Religion dürfe nicht kritisiert werden. Sondern weil diese Veröffentlichungen nicht im luftleeren Raum stattfinden, sondern in einem Klima der rassistischen Hetze. Schon der sozialistische Satiriker Kurt Tucholsky wusste: „Eine Satire, die zur Zeichnung einer Kriegsanleihe auffordert, ist keine.“

Sebastian Kugler

Religion durch Yoga im Turnunterricht?

Eine steirische Mutter protestierte gegen Yoga im Turnunterricht, die FPÖ stellte eine parlamentarische Anfrage. Die Beschwerde der Mutter dürfte religiös (katholisch) motiviert gewesen sein. Die FPÖ wollte wieder einmal das Abendland schützen. Die Scheinheiligkeit ist offensichtlich. Aber welchen Raum soll Yoga, das eben auch nicht nur Sport ist, sondern auch religiöse Elemente hat, an Schulen haben?

Ziel des Projektes sollte ja Konzentrationsförderung, Entspannung und Förderung der Gedächtnisleistung sein. Yoga wird als Ausgleich zum hektischen Alltag immer beliebter. Es kann, wie auch andere Entspannungstechniken, SchülerInnen helfen, „runterzukommen“. Doch warum werden Jugendliche eigentlich immer mehr unter Stress gesetzt? Warum fehlt es an Bewegungsmöglichkeiten in der Schule?

Und es gibt auch die „spirituelle“ Seite von Yoga, die ihre Wurzeln im Hinduismus und Teilen des Buddhismus hat. Ziel ist die Suche nach Erleuchtung durch Meditation und Askese. Sich mit dem Sein zufrieden geben, nicht dagegen revoltieren, ein oft traditionell-reaktionäres Frauenbild – das sind die anderen Seiten von Yoga. Und das hat an Schulen, wie jede andere Religion, nichts zu suchen.

Laura Rafetseder



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Eine turbulente Periode steht bevor

Auf den ersten Blick erscheint die weltweite Situation katastrophal: Unterdrückung, Ausbeutung, Hass und Zerstörung scheinen sich auszubreiten. Mit der Ukraine ist Krieg auch Europa wieder sehr nahe gekommen. Die imperialistischen Widersprüche zwischen EU, USA und Russland schüren die internationale Kriegsgefahr. Das Friedensprojekt „EU“

schen SunnitInnen, SchiitInnen, ChristInnen und JüdInnen.

In Europa trägt Armut und Perspektivlosigkeit zum Erstarken von rassistischen und reaktionären Kräften bei. Tausende demonstrieren in Deutschland mit der rassistischen Pegida, am Rande der Demonstrationen kommt es zu gewalttätigen Angriffen auf Muslime/a. In Schweden werden Moscheen mit

testen, die sich gegen Kapitalismus und Ungerechtigkeit richten, ablenken. Z.B. schreiben die deutschen Medien Pegida als Bürgerbewegung mit berechtigten Ängsten schön. Die Proteste von Zehntausenden gegen die Spar- und Kürzungspolitik der EU in Frankfurt oder die Streiks der Lokführer hingegen werden als gewalttätig und ungerechtfertigt schlecht gemacht.

en und Italien zu Generalstreiks gegen die Kürzungspolitik. Auch der Norden Europas ist längst nicht mehr ruhig. Die schwedische Regierung kollabierte, und in Norwegen findet am 28. Januar ein Generalstreik gegen die weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen statt. In Mexiko führte die Ermordung linker Studierender zu Massenprotesten gegen die Drogenkartelle und den korrupten Staatsapparat.

Auch in Österreich kam es in letzter Zeit zu einer Zunahme an sozialen Kämpfen und Protesten: In Salzburg und Oberösterreich gab es Streiks im öffentlichen Dienst bzw. Gesundheitswesen. Bei KBA Mödling wehrten sich KollegInnen mit einem unbefristeten Streik gegen Stellenabbau. Fast 900.000 unterschrieben für eine Senkung der Lohnsteuer. Jeder Aufruf der Gewerkschaft zur Aktivität wird aufgegriffen.

Wir leben in bewegten Zeiten. Wir stehen am Anfang dieser Periode von Revolution und Konterrevolution.

Dieser Schwerpunkt gibt einige der Analysen wider, die VertreterInnen des Komitees für eine Arbeiterinneninternationale (der internationalen Organisation der SLP) bei einem internationalen Treffen, mit SozialistInnen aus allen Kontinenten, im Dezember 2014 diskutiert haben.

Er soll dabei helfen, einen klareren Blick auf die weltweite Situation zu liefern. Die Propaganda von bürgerlichen Politikern und Medien zeichnet ein düsteres Bild – sie haben keine Antworten und wollen keinen Widerstand. Wir aber wollen für unsre Zukunft kämpfen und an die zahlreichen internationalen Proteste anknüpfen, sie entwickeln und vereinigen um eine sozialistische Zukunft zu erreichen.

Christoph Glanninger

Die ruhigen Zeiten sind vorbei, der Widerstand nimmt weltweit zu!

hat kein Problem mit der Unterstützung faschistischer Kräfte und nationalistischer Unterdrückung durch die neue Regierung.

In Syrien und dem Irak ist der IS im Vormarsch. Barbarisch werden alle ermordet, die nicht in sein fundamentalistisches Weltbild passen. Der Terror vergrößert die ohnehin tiefe Spaltung zwis-

Brandsätzen angegriffen. Nach dem brutalen Anschlag islamischer Fundamentalisten auf ein französisches Satiremagazin kommt es in Frankreich zu Anschlägen auf muslimische Einrichtungen.

Aber das Bild, das durch Medien und Politik erzeugt wird, ist immer auch Propaganda. Diese soll von all den Kämpfen und Pro-

Die andere Seite: es gibt in immer mehr Ländern ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche, die gegen Rassismus, Ausbeutung und immer schlechtere Zukunftsaussichten kämpfen. Darüber wird wenig oder verzerrt berichtet, um Vorbild und Nachahmung zu verhindern. In den letzten Monaten kam es in Belgi-

Die sozialen und politischen Konflikte nehmen zu



Allein 2006 - 2013 haben sich Proteste weltweit gegen soziale Probleme, Korruption und kapitalistischen Wahnsinn verdoppelt.
Animation auf http://johnbeierer.org/protest_mapping/

Grafik SH 2015



Klassenkam

Zahlen und Fakten:

Seit mehreren Jahrzehnten gibt es weltweit einen Anstieg von Protesten gegen „die da oben“ und die Auswirkungen der herrschenden Politik. In den letzten Jahren haben diese Proteste in Folge der weltweiten Kürzungspolitik massiv zugenommen:

› **Von 2006** auf 2013 hat sich die Anzahl der Proteste verdoppelt
› **Bei der Mehrheit** der Proteste geht es um die soziale Lage und die Rechte von ArbeiterInnen, gefolgt von Demokratiefragen bzw. den Einfluss der Wirtschaft über die Politik, Proteste gegen den globalen Kapitalismus und seine Auswirkungen sowie solche für die Rechte einzelner Bevölkerungsgruppen. Häufig kommen mehrere Themen zusammen.

› **17 % aller** Proteste richten sich gegen die Zerschlagung des Sozialstaats und Privatisierung, bei 16 % geht es um Löhne und Jobs.

› **13 % haben** die Ungerechtigkeiten des Kapitalismus als Ziel

› **Aufgrund der** steigenden Lebensmittelpreise richten sich 6 % aller Proteste weltweit und mehr als 14 % in den ärmeren Ländern gegen die hohen Nahrungsmittelpreise. Diese waren auch einer der Auslöser des „Arabischen Frühlings“.

› **18 % aller** Proteste wollen nicht akzeptieren,

dass die Interessen von Banken und Konzernen über jenen der Bevölkerung stehen, 37 % treten für globale Gerechtigkeit ein – es protestieren sowohl Menschen aus neokolonialen Staaten wie auch aus imperialistischen Staaten. Das Verständnis, dass die ArbeiterInnen in armen und reichen Ländern gemeinsame, antikapitalistische Interessen haben, ist auf dem Vormarsch!

› **Bei 26 % geht** es um demokratische Fragen, in manchen Regionen Afrikas und Asiens sind diese Themen bei über 40 % der Proteste zentral. 12 % aller Proteste in Nordafrika und dem Nahen Osten sind für Frauenrechte – soviel zum Vorurteil der „rückständigen“ Moslems!

› **Einige der** historisch größten Proteste fanden in den letzten Jahren statt, darunter knapp 40 verschiedene, an denen jeweils eine Million Menschen oder mehr teilnahmen – darunter 17 Millionen in Ägypten oder 100 Millionen beim Generalstreik in Indien 2013, aber auch Streiks in Italien, Portugal oder Frankreich.

› **Bemerkenswert ist**, dass fast 40 % der Proteste ihre Ziele zumindest teilweise erreichten!

Quelle: World Protests 2006-2013, Ebert-Stiftung

Die globale Krise des Kapitalismus ist 2014 in ein neues Stadium eingetreten. Die Eurokrise, die in Wirklichkeit niemals verschwunden war, ist für alle sichtbar zurückgekehrt. Der Ölpreis bewegt sich im Zickzackkurs. Zwischen Russland und

runigen. Das kapitalistische System steckt global in einer tiefen Krise, der tiefsten seit der großen Depression in den 1930er Jahren. Überall zeigt sich, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht das Wohlergehen der Menschheit zum Ziel

Der Kapitalismus ist weltweit in einer seiner schwersten Existenzkrisen. Das ist auch eine große Chance.

dem Westen entbrennt ein Wirtschaftskrieg mit globalen Rückwirkungen. In den Schwellenländern, insbesondere in China, dem Motor der kapitalistischen Weltwirtschaft, gerät das Wachstum ins Stocken. All jene Probleme, die der Kapitalismus schon bisher produzierte, wie Umweltzerstörung, Hunger, Seuchen und Krieg, die Millionen Menschen töten bzw. zur Flucht zwingen – all das wird weiter zunehmen. Begleitet ist der ökonomische Verfall des Kapitalismus immer öfter von einer Hinwendung zu autoritären, polizeistaatlichen Methoden der Regierungen, um mit Repression auf die schwindende Zustimmung der Regierten zu antworten. Doch immer häufiger sehen sich die Regierungen auch mit Widerstand konfrontiert.

Klar ist: Wir stehen am Beginn einer Zeit schwerer Kämpfe und radikaler politischer Verände-

ungen. Das Erzielen maximalen Profits, auch wenn dafür Millionen leiden müssen. Niemals zeigt sich das deutlicher als in schweren Krisenzeiten, in denen der ruhige Gang der Bereicherung der Bosse stockt. Wenn wir die aktuelle Weltkrise mit früheren globalen Großkrisen des Kapitalismus wie 1917-21 oder nach 1929/30 vergleichen, sehen wir, dass solche schweren Krisenzeiten einerseits zu barbarischen Versuchen des Kapitals führen, seine wankende Herrschaft zu befestigen, andererseits aber auch zu wachsender Politisierung und Organisierung der von ihnen nun verschärft Unterdrückten und Ausgebeuteten. Phasen der Reaktion sind somit gleichzeitig auch Phasen der Revolution. Die ArbeiterInnenklasse kann es sich nicht leisten, stillzuhalten – wir leben in einer Periode von Revolution und Konterrevolution.

In Europa wird das Scheitern des Euro immer offensichtlicher. Das wirtschaftliche Schönwetterprogramm gerät in Zeiten der Krise zwingend an seine Grenzen. Während das deutsche Kapital (und im Schlepptau das Österreichische) davon profitieren, sind die sozialen Kosten in Südeuropa enorm. Griechenland ist schon schwer ramponiert, andere vom Spardiktat betroffene Länder wie Italien, Spanien, Portugal und Irland folgen nach. Frankreich erreicht eine neue Rekordarbeitslosigkeit und die höchste Zahl von Unternehmensbankrotten seiner Geschichte.

Auch Österreich muss die höchste Arbeitslosigkeit seit 60 Jahren eingestehen, und sogar in Deutschland, dem Kernstaat der europäischen Wirtschaftsordnung, gerät das "Exportwunder" ins Schlingern. Der Euro erreicht den tiefsten Kurs seit knapp einem Jahrzehnt. Für die Eurozone droht Deflation. Diese ist ein Merkmal chronischer Krisen wie der von 1873-96 oder der ab 1929/30. Erste mündete in die Gründung der modernen Kolonialimperien, um die Verluste durch globale Räuberei wettzumachen, zweitere wurde erst durch einen Weltkrieg gelöst. Überall leiden ArbeiterInnen, Arme und Jugendliche unter den aggressiven Angriffen des Kapitals. Errungenschaften, die in 150 Jahren ArbeiterInnenbewegung aufgebaut werden konnten, wie ArbeiterInnenrechte oder



pf reloaded

Sozialleistungen, werden über Nacht vernichtet. Dieser ökonomische Niedergang geht unweigerlich mit politischer Instabilität einher. Auf immer schwächeren Füßen stehende Regierungen finden berechtigterweise immer weniger Vertrauen in der Bevölkerung.

Doch immer stärker wächst auch der Widerstand. Seit den 1970er Jahren, aber v.a. in den letzten Jahren, nehmen weltweit die Proteste und Massenbewegungen zu. Die Stärke von

Die globalen Kämpfe brauchen ein sozialistisches Programm.

Syrriza in Griechenland und Podemos in Spanien zeigen eine neue Qualität. In eben jenen Ländern wurden noch vor wenigen Jahren Organisationen in den Protesten abgelehnt, nun haben sie die stärksten linken Parteien in Europa. In Italien wächst der Widerstand gegen den Sparkurs des technokratischen Brüsseler Befehlsempfängers Renzi zu massiven Klassenkämpfen.

Die europäischen Arbeiterinnen stehen dabei nicht allein. In den USA mit ihren ungeheuer scharfen, immer weiter wachsenden Klassengegensätzen breitet sich mit unserer Schwesternorganisation Socialist Alternative gerade in rasanter Geschwindigkeit die größte marxistische Organisation aus, die es in Nordamerika seit dem frühen 20.

Jahrhundert gegeben hat. Und deren vornehmlich proletarische Basis lässt es nicht bei der Theorie bleiben. Sie geht gleich zum Kampf über, wie gerade im kraftvollen Arbeitskampf der amerikanischen Fast Food-Arbeiterinnen oder bei den Massenprotesten gegen die rassistische Praxis der amerikanischen Polizei und Justiz nach dem Mord in Ferguson.

Der Vormarsch des IS und des islamischen Fundamentalismus ist nur eine Seite – die andere sind die Massenbewegungen in

Nordafrika und auch der Türkei. Die arabischen Revolutionen sind nicht vorbei, eine neue Welle ist wahrscheinlich. In Osteuropa und auf dem Balkan spitzt sich die soziale Lage zu und es kommt immer wieder zu sozialen Protesten. In Ländern wie Pakistan, Indien, Malaysia, aber auch Russland sitzen die Herrschenden auf einem Pulverfass.

In China spitzen sich die sozialen Konflikte im Zuge des fiebrigen, dem Kollaps entgegen treibenden kapitalistischen Booms immer weiter zu. Die Massenproteste in Hongkong gegen den bürokratischen, sich zum Hohn "sozialistisch" nennenden Pekinger Polizeistaat zeigen, wie gespannt die politische Lage ist. Auch im chinesischen Kernland ist es alles andere als ruhig.

Auch in Südamerika rumort es – an die heftigen Proteste anlässlich der im Land abgehaltenen Fußball-WM, für die tausende Arme enteignet und vertrieben worden waren, wird sich noch jeder erinnern. Dabei zeigte sich auch, dass geringfügige Anlässe – in diesem Fall eine Erhöhung der Buspreise – sich zu großen Protestbewegungen entwickeln können, wenn die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sich ausreichend zugespielt haben. Im seit 2001 von Krise und Kürzungen erschütterten Argentinien konnte ein trotzkistisches Bündnis weit über eine Million Stimmen erzielen und mit mehreren Abgeordneten ins Parlament einziehen, um auch dort den Kampf gegen die Sparmaßnahmen zu führen.

Sicher – die nächsten Jahre werden schwer werden und immer zugespitztere Kämpfe sehen. Doch gleichzeitig wird die Unfähigkeit des Kapitalismus immer sichtbarer. Die Suche nach Alternativen ist allgegenwärtig und auch die Belegschaft „etwas zu tun“ ist gegeben. Notwendig ist der endgültigen Sturz des Kapitalismus und der Sieg der einzigen menschenwürdigen Alternative: Des Sozialismus, einer demokratischen Gesellschaft, wo die Bedürfnisse der Menschen im Zentrum stehen. Werde Teil dieses Kampfes in den Reihen des CWI.

Fabian Lehr



Marx aktuell

Im **Kapitalismus** kommt es immer wieder zu Krisen. Bürgerliche Medien nennen es „vorübergehender Tiefgang“, die Politik spricht von „Korrekturen“. Uns wollen sie weismachen, dass die Krisen auf Fehlentscheidungen und unvorhersehbaren Faktoren basieren. Als MarxistInnen wissen wir, dass kapitalistische Crashes keine „Unfälle“ sind, sondern ein unvermeidbarer Bestandteil des Systems. Die Ursache sind die Grundwidersprüche dieses Systems: Arbeit wird gesellschaftlich verrichtet, jedoch eignet sich nur eine kleine Spalte, die im Produktionsprozess selbst keine Rolle spielt, die erwirtschafteten Werte an. EinE ArbeiterIn kann Waren herstellen, produzieren, verwahren; dazu bedarf es keiner Bosse. Der/ die KapitalistIn ist jedoch von den ArbeiterInnen abhängig, denn nur durch den Besitz an Konzernen werden kei-

Die Krise ist kein Unfall, sondern System

ne Werte geschaffen. Das heißt im Klartext: Die KapitalistInnen sind auf die ArbeiterInnen angewiesen, müssen diese jedoch mit allen Mitteln ausbeuten und unterdrücken, um konkurrenzfähig zu bleiben. Logisch ist auch: ArbeiterInnen wollen möglichst wenig für viel Geld arbeiten, die KapitalistInnen sind darauf angewiesen, dass genau das Gegenteil der Fall ist. „*Wir sehen also, dass selbst, wenn wir innerhalb des Verhältnisses von Kapital und Lohnarbeit stehbleiben, die Interessen des Kapitals und die Interessen der Lohnarbeit sich schnurstracks gegenüberstehen.*“ – Karl Marx (in „Lohnarbeit und Kapital“, 1849) Dadurch, dass die ArbeiterInnen nur einen Teil der von ihnen geschaffenen Werte als Lohn bzw. Gehalt, aber auch als Sozialleistungen, ausbezahlt bekommen, können sie auch nicht alle von ihnen hergestellten Waren kaufen. Es ist also kein ausgeglichener Kreislauf von Produktion und Konsum, sondern es kommt zwangsläufig zu Überproduktion. Durch technische Neuerungen werden immer mehr Arbeitsbereiche von Maschinen übernommen. Da jedoch nur menschliche Arbeit neue Werte schaffen kann, sinkt die Profitrate der Konzerne immer weiter. Weil das Kapital versucht, diesem Verfall entgegen zu wirken, nennt Marx das den „tendenziellen Fall der Profitrate“. Hinzu kommt noch, dass die Produktion zwar in den einzelnen Unternehmen, aber nicht gesamt geplant wird, hier also Chaos herrscht. Wie man es dreht und wendet, der Kapitalismus bringt Krisen am laufenden Band. Ob die staatliche Regulierung zunimmt oder nicht, die Widersprüche lassen sich nicht wegformieren. Es werden nur Symptome bekämpft, nicht aber die Ursache der Misere – der Kapitalismus selbst. Und selbst in der Krise werden die Reichen noch reicher! Es zeigt sich immer deutlicher: Der Kapitalismus ist nicht IN DER Krise, der Kapitalismus IST DIE Krise. Lösungsvorschläge innerhalb der kapitalistischen Logik führen in Sackgassen, wie uns die Geschichte zeigt. Der wirtschaftliche Aufschwung der 1950er und 1960er war kein Normalzustand, sondern die Folge der Zerstörung im 2. Weltkrieg. Der Kapitalismus bringt uns nichts als Krisen und Kriege. Um eine wirkliche Alternative zu schaffen, benötigt es den Sturz des Systems und das Erkämpfen einer klassenlosen Gesellschaft. Es ist noch kein Sozialismus vom Himmel gefallen, daher braucht es aktiven Widerstand gegen den Kapitalismus, gegen Unterdrückung und Ausbeutung!

Dominik Unter



Das CWI ist mitten drin in einer neuen Phase von Klassenkämpfen

Weltweit stellen der Kapitalismus und seine Krise die Menschheit vor eine Vielzahl von Problemen. Ohne eine radikale Veränderung unseres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems können sie nicht gelöst werden. Solange der Kapitalismus und seine Profitinteressen herr-

näre Partei. Nur mit ihrer Hilfe können Erfahrungen aus früheren Kämpfen genutzt, Kräfte gebündelt und der Bewegung Programm und Perspektive gegeben werden. Eine revolutionäre Partei ist ein Instrument, um aus einer Revolte eine erfolgreiche Revolution zu machen, die

det, neue sozialistische Massenparteien der ArbeiterInnenklasse aufzubauen. Auch werden politische Funktionen nicht für persönliche Bereicherung belegt, weil kein CWI-Mandatar mehr als ein Durchschnittsgehalt verdient. Das gilt auch für Paul Murphy, einen

gungen in den südafrikanischen Minen von 2012 setzte die DSM die ersten Schritte in Richtung Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei. Durch die Entwicklungen in der größten Gewerkschaft des Landes, NUMSA, die eine Alternative zum ANC aufzubauen will, gewinnt diese

on“ (TUSC), die auch bei den kommenden Kommunalwahlen antritt, gibt es auch eine Alternative auf der politischen Ebene und damit ein Angebot für die vielen GewerkschafterInnen, die nichts mehr mit der neoliberalen Labour Party zu tun haben wollen. Die israelisch/palästinensische Sektion Mavaak Socialisti war ein wichtiger Teil der Kampagne für einen höheren Mindestlohn sowie für die gewerkschaftliche Organisierung von Betrieben, in denen sowohl jüdische als auch palästinensische Beschäftigte arbeiten. Aber besonders auch in den Antikriegsbewegungen geht das CWI mit sozialistischen Forderungen und dem Verweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker in die Offensive.

Auf allen Kontinenten ist die Arbeit des CWI sozialistisch und revolutionär.

schen, gehören Hunger, Ausbeutung, Elend, Krieg und Verfolgung dazu. Gemessen am Ausmaß der weltweiten Widersprüche ist Rosa Luxemburgs These „Sozialismus oder Barbarei“ aktueller denn je.

Immer mehr Menschen wehren sich und leisten Widerstand gegen das System, das Profite über Menschen stellt. Besonders in den vergangenen Jahren konnte ein Anstieg von Massenbewegungen, Revolten und sogar Revolutionen beobachtet werden. Nur die wenigsten aber haben ihre Ziele in vollem Umfang erreicht, geschweige denn den Kapitalismus überwunden. Um nachhaltige Veränderungen zu erreichen, braucht es den „subjektiven Faktor“, die revolutio-

in der Lage ist, den Rahmen des Kapitalismus zu sprengen. Nur so kann Barbarei verhindert bzw. beendet werden.

Die SLP ist Teil des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI/CWI/CIT), wie auch Organisationen in über 45 Ländern auf allen bewohnten Kontinenten der Erde. Mitglieder des CWI sind überall Teil, häufig führender Teil, von Bewegungen gegen Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung! Das CWI ist weltweit die einzige linke Kraft, die mit einer internationalistischen Perspektive die Notwendigkeit, eine revolutionäre Organisation aufzubauen, mit der Notwendigkeit verbin-

der drei ParlamentarierInnen der Socialist Party in Irland. Als führender Teil der Bewegung gegen die Wassersteuer demonstriert er, beteiligt sich an Blockaden und zerriss Ende Oktober 2014 seinen Bescheid zur Zahlung der Wassersteuer vor laufender Kamera. In den USA, der Hochburg des Kapitalismus selbst, hat es Kshama Sawant geschafft, als bekennende Sozialistin einen Demokraten im Kampf um den Einzug in den Stadtrat von Seattle auszustechen. Dort konnte die Socialist Alternative gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung den höchsten Mindestlohn der Welt (15 Dollar/Stunde) erkämpfen. Gemeinsam mit VertreterInnen der Streikbewe-

Entwicklung an Fahrt. In Deutschland kämpft die SAV für einen sozialistischen Kurs in der Linkspartei. Mit Mitarbeit an der Streikzeitung, die immerhin in einer Auflage von 65.000 erschien, war sie ein zentraler Part der Solidaritätsbewegung für den GDL-Streik der Lokführer. In Britannien hat die Socialist Party schon vor Jahren das NSSN, ein bundesweites Netzwerk aus BetriebsräteInnen, gegründet, das in den Gewerkschaften für Kampfmaßnahmen mobilisiert. Die Massendemonstrationen für dringend nötige Lohnerhöhungen mit über 100.000 TeilnehmerInnen im Oktober sind auch ein Ergebnis dieser Arbeit. Als Teil der „Trade Unionist and Socialist Coalition“

Auch in Österreich kämpft die Sozialistische Linkspartei mit gesamter Energie gegen Rassismus, Sexismus, Sozialabbau und gesellschaftlichen Missständen. Auch wenn aus kapitalistischer Sicht die Zukunft keine rosige wird, für uns wird sie es. Aber nur wenn wir es schaffen die Zukunft für uns gewinnen!

Stefan Gredler

Stundenkürzung – Nein Danke!

Seit Anfang Dezember plant das Bildungsministerium die Kürzung der Vorbereitungsstunden für die Matura von 16 auf vier Stunden. Für viele SchülerInnen sind die Schularbeiten und Maturaaufgaben nach der Umstellung auf die Zentralmatura erheblich schwerer geworden. Dass über 50 % bei einer Mathematikschularbeit negativ sind, ist keine Seltenheit mehr. In diesem Zusammenhang wird die Kürzung der Vorbereitungsstunden nur umso dramatischer. Nach Protesten von SchülerInnen hat die Bildungsministerin mit einem Kompromiss eingelenkt. Dieser sieht eine Umstrukturierung der Zeit zwischen den Notenkonferenzen und der schriftlichen Matura vor. Das ist eine Verbesserung, aber eben auch nicht mehr als ein Kompromiss.

Die Kürzung der Vorbereitungsstunden bleibt bestehen. Vor allem unter den OberstufenschülerInnen ist die Wut über die erneute Bildungskürzung groß. Viele von ihnen sind im letzten Jahr bereits gegen die Zentralmatura und das neue LehrerInnendienstrecht auf die Straße gegangen.

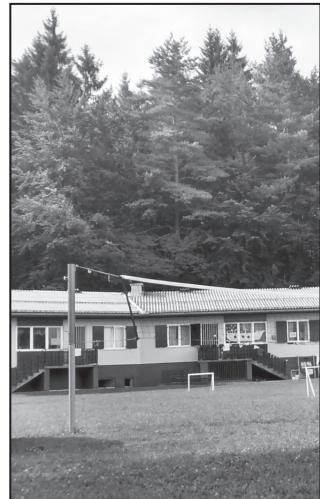
Stefan Reifberger

SchülerInnen am BRG in Salzburg organisierten deshalb am 23. Dezember eine Protestaktion vor ihrer Schule. Die SLP, die am BRG auch den Schulsprecher stellt, unterstützte die Protestaktion. Die Reaktionen auf die verteilten Flyer waren bei der Aktion durchwegs positiv. Auf der Basis des neu aufgeflammten Protests wird das SchülerInnenkomitee, welches sich am BRG gebildet hat, weiter ausgebaut werden. So kann in Zukunft noch effektiver Widerstand gegen Bildungsabbau organisiert werden.

Am 16. Jänner veranstaltete das SchülerInnenkomitee am BRG eine Schulversammlung. SchülerInnen konnten dabei zu Wort kommen und darüber diskutieren wie weiter gegen die Kürzung vorgegangen wird. Vom BRG ausgehend hat sich in den letzten Wochen eine Salzburg-weite Plattform gegen Bildungskürzungen aufgebaut. An etlichen weiteren Schulen entstehen nun demokratische Komiteestrukturen, die zusammen weiteren Widerstand gegen die Kürzung der Vorbereitungsstunden organisieren.

Stefan Reifberger

Baden, Grillen, Sonnen & Marx?



Das Alles gibt es vom 23.-30. August beim Sommercamp der SLP am Turnersee in Kärnten. Gemeinsam mit einer Reihe internationaler Gäste aus unseren Schwesterorganisationen werden wir uns eine Woche lang mit den Protesten und Bewegungen in aller Welt, der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, dem Kampf gegen Sexismus und Rassismus und marxistischer Theorie beschäftigen. Egal ob EinsteigerIn oder alter



„Volunteers“ gesucht

In der Wiener Stadthalle wird im Mai der alljährliche Eurovision Song Contest stattfinden. Al-

wird das Ganze zum Einen vom ORF und zum Anderen muss die Gastgeberstadt einen Anteil

Willkommen in der Welt der modernen Sklaverei: Zwei Wochen Arbeit für ein T-Shirt.

les soll prunkvoll aussehen, die Welt soll begeistert sein. Österreich darf sich nicht blamieren, soll überbieten, was andere Gastgeberländer Jahre zuvor auf die Beine stellten. Dass dieser Spaß teuer wird, ist ja kein Geheimnis: Geschätzte 25 Millionen Euro werden dafür aus dem Fenster geworfen. Finanziert

bezahlen. Eines ist somit klar: Es „muss“ an anderen Ecken gespart werden. 700 freiwillige ArbeiterInnen, die mindestens 18 Jahre alt sind, werden gesucht und sollen für nicht mehr als ein T-Shirt und freien Eintritt bei den Shows prekäre Arbeiten erledigen, für die sie mindestens zwei Wochen Zeit aufbringen

müssen. Die Aufgaben, die sie verrichten sollen, reichen von der Betreuung der TeilnehmerInnen, über Arbeiten in Hotels bis hin zu Arbeiten hinter der Bühne. Was auf den ersten Blick nicht schlimm aussieht und als „einzigartige Chance“ verkauft wird, ist in Wahrheit eine bodenlose Frechheit. Die Stadt Wien, große Firmen, Hotels, ModeratorInnen, ManagerInnen und die VeranstalterInnen können sich getrost zurücklehnen und am Ende abkassieren, während die meist jugendlichen HelferInnen schamlos für die eigentliche (Drecks)Arbeit ausgenutzt werden.

Kristina Ceculovic

Fundstück des Monats SPÖ: Sexismus statt Inhalt

I am RED
8. Januar um 16:29 ·

Mit so einem fantastischen Juicy zu Jahresbeginn kann das Jahr 2015 nur was ganz besonderes werden! 😊



Wenn man Jugendlichen politisch nichts mehr zu bieten hat, bleiben nur Partys: Die SPÖ-Jugendkampagne „RED“ bedient sich dazu übelster sexistischer Videos. Passt eigentlich eh zur Politik der SPÖ, da ihre Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich gerade Frauen treffen. Rot wird man dort höchstens vor Wut.



Generalstreik gegen Generalangriff

Die neue belgische Regierung war kaum gebildet, schon formierte sich Widerstand gegen ihre Kürzungspolitik. Sie will umsetzen, was frühere rechte Regierungen bereits in den 1980ern versucht hatten. Es war klar, dass es zu einer Konfrontation mit den Gewerkschaften kommen würde. Aber sie woll-

Der Generalstreik am 15. Dezember war der Schluss- und Höhepunkt eines Aktionsplans, der im September, kurz bevor die Regierung gebildet wurde, gestartet wurde. Ein bundesweites Gewerkschaftstreffen hatte am 23. September 7.000 Menschen mobilisiert. Das war ein wichtiger

größte Gewerkschaftsdemonstration seit dem 31. Mai 1986, als die damalige rechte Regierung fiel. Auf der Demonstration vom 6. November waren ca. 150.000 Menschen. Es folgten regionale Streiks am 24. November in Hainaut, der Region Luxemburg, Antwerpen und Limburg und weitere Streiks

nicht funktioniert. Die Behauptung, dass der Streik ein Angriff auf eine demokratisch gewählte Regierung sei, hat nur klargemacht, dass wir zwei Demokratien haben – ihre im Parlament und unsere auf der Straße. Zwischen mehreren hunderttausenden bis hin zu einer Million Menschen waren im Streik – bei einer berufstätigen Bevölkerung von 4,5 Millionen. Der öffentliche Verkehr, Luft- und Schifffahrt kamen komplett zum Erliegen. Alle Häfen waren geschlossen. Viele große Unternehmen waren zu oder nur im Mindestbetrieb um die Sicherheit aufrechtzuerhalten. Viele Schulen waren leer. Zahlreiche Streikposten waren der Meinung, dass die Bewegung Potential hat, noch stärker zu werden. Versuche, entlang der Sprachgrenze (Flämisch bzw. Französisch) oder zwischen den verschiedenen Gewerkschaften zu spalten, funktionierten nicht. Der Druck von unten für einen zweiten Aktionsplan ist groß. Die Streikenden sind geeint, die Regierung ist gespalten. Die Parteien in der Regierung beschuldigen ihre jeweiligen Koalitionspartner, für die Instabilität der Regierung verantwortlich zu sein.

Im Moment haben die Gewerkschaften noch kei-

nen neuen Aktionsplan angekündigt. Aber es ist klar, dass sie gezwungen sind, das zu tun. Jetzt müssen konkrete Schritte gesetzt werden, um die Bewegung auszuweiten bzw. um sie davor zu bewahren, nur eine Serie von Protesten zu werden. Es gilt einen ernsthaften Kampf vorzubereiten, mit einer Eskalationsstrategie. Ein weiteres Wachstum der Bewegung ist möglich. LSP/PSL stellt die Idee eines neuen Aktionsplans auf der Basis des ersten nach vorne. Er sollte nicht nur die Regierung stürzen, sondern auch die Sparpolitik stoppen. Das stellt die Frage nach einer politischen Alternative, denn die Sozialdemokratie lehnt die Kürzungen nicht grundsätzlich ab. CWI-Mitglieder intervenierten energisch in die Bewegung. Unsere BetriebsräteInnen konnten ihre Verankerung ausbauen, besonders wo Versammlungen in den Betrieben organisiert wurden. Gleichzeitig haben wir Initiativen gesetzt, um den Widerstand unter Jugendlichen aufzubauen. Während der Bewegung haben wir nächste Schritte vorgeschlagen, und betont, dass eine sozialistische Alternative zur kapitalistischen Sparrealität nötig ist.

Geert Cool, LSP/PSL
www.socialisme.be

Am 15. Dezember legte ein Generalstreik gegen das massive Kürzungsprogramm Belgien lahm.

ten sehen, wie weit sie gehen können. Wenn diese Regierung fällt, ist es möglich, dass eine neue große Koalition zu einem langsameren Tempo der Angriffe zurückkehrt – wie in den Jahren davor. Die Pläne der Regierung von Charles Michel sind so umfangreich, dass man sie kaum aufzählen kann: Es sind große Angriffe auf Bildung, Löhne, Pensionen und eine weitere Reform des Arbeitsmarkts, Kürzungen bei Gesundheit, Öffentlichem Dienst, Kinderbetreuung und Arbeitslosengeld. Nach einer Periode mit relativ wenig Klassenkämpfen wurde so die ArbeiterInnenklasse brutal aufgeweckt. Das ist ein Vorgeschnack, was auch „ruhigeren“ Ländern wie Österreich mit fortschreitender Krise bevorstehen kann.

Schritt um BetriebsräteInnen und AktivistInnen zusammenzubringen und sie auf den Kampf vorzubereiten. Die Regierung hatte sich noch nicht formiert, aber es war klar, was kommen würde. LSP/PSL (CWI in Belgien) hat mit dem Slogan „Keine Thatcher in Belgien!“ interveniert und die Notwendigkeit eines Aktionsplans betont. Die neue rechte Regierung hatte vor, wie Thatcher oder Reagan in eine offene Konfrontation mit der ArbeiterInnenklasse zu gehen. Im Unterschied zu Thatcher hat diese Regierung die Attacken aber auf allen Fronten eröffnet. Thatcher dagegen hatte die Angriffe vorbereitet und dann die Bergarbeiter konfrontiert, um ein Exempel zu statuieren. Nach der Regierungsbildung sahen wir die

am 1. Dezember in Liege, Namur, Ost- und Westflandern. Am 8. Dezember fanden schließlich Streiks in Brüssel, Flämisch-Brabant und Wallonisch-Brabant statt. Diese regionalen Streiks halfen den Druck für den Generalstreik aufzubauen. LSP/PSL Mitglieder spielten eine aktive Rolle in der Mobilisierung und organisierten in Form eines Schulstreiks die aktive Unterstützung der Bewegung durch Jugendliche.

Trotz einer massiven Propagandakampagne in den Medien gab es breite Solidarität für die Proteste und Forderungen. Umfragen zeigten, dass nur 20 % der Bevölkerung eine positive Meinung von der Regierung haben, während 43 % sie negativ sehen. Die Kampagne gegen den Streik hat

Australien: Sieg gegen Mauttunnel

Die Socialist Party (SP - CWI Australien) und die BewohnerInnen eines Stadtteils in Melbourne konnten ein Maut-Tunnelprojekt verhindern. Der Tunnel sollte die westlichen Vororte mit dem östlichen Highway verbinden und 6-8 Milliarden Dollar kosten. Die SP machte von Anfang an klar, dass der Tunnel nur eine billigere Route für Transportunternehmen wäre, das Verkehrsproblem nicht lösen und zum Nachteil der Bevölkerung sein würde. Unsere Warnungen erwiesen sich als richtig: Es wurden bereits mehrere MieterInnen aus ihren Wohnungen vertrieben und man begann schon vorher, ohne ihre Zustimmung, mit den Bauarbeiten.

Die SP begann 2008 mit Petitionen und Kundgebungen vor Ort. Im Juli 2013 beschloss die Stadtregierung, Vorbereitungsarbeiten in die Wege zu leiten. Die vielen gesammelten Unterschriften zeigten aber die starke Stimmung gegen das Bauvorhaben. Nun begann die SP mit der Mobilisierung und lud Menschen ein, sich für die Teilnahme an friedlichen Blockadeaktionen einzutragen. Parallel wurde ein „Kampagnen-Telefon“ eingerichtet.

Die Unterstützung war groß, und so begann die SP

Simon Stockhammer

mit Straßenversammlungen, in denen abgestimmt wurde, wie die Besetzungen aussehen sollten. Demokratische Strukturen und Debatten waren Kern der gesamten Kampagne. Dann kam es zu Menschenketten um die Baustellen. Nach und nach wurden diese Aktionen immer populärer und bald nahmen Tausende teil. Das ganze fand nun seinen politischen Ausdruck, als erstmals wichtige Treffen der Labour Party und Liberalen blockiert wurden, da diese Hauptbefürworter des Tunnels waren.

Die zwei SP-Stadträte waren Sprachrohr der Bewegung. Sie forderten die Auflösung der Bauverträge und dafür massive Investitionen in Öffis und Fahrpreissenkungen. Auch nutzten sie ihre Positionen, um die Bewegung auf der Straße zu stärken. Medien und etablierte Parteien hetzten gegen die SP und die Proteste. Doch letztlich mussten sie klein begeben und das Projekt stoppen. Die sozialdemokratische Labour Party änderte ihre Position, die Grünen waren gegen das Projekt, aber nicht Teil der Proteste. Verhindert haben den Tunnel die SP und die BewohnerInnen in einer kämpferischen Kampagne.

Simon Stockhammer



Aufstand gegen Kürzungsregime!

Zu Redaktionsschluss stand das Wahlergebnis noch nicht fest, aber sicher ist: Syriza wird künftig eine Schlüsselrolle spie-

nicht verzichten. EU, EZB und IWF werden alles tun, um die Bedienung der Schulden zu erzwingen.

kratischen geplanten Wirtschaft machen, um das Chaos zu beenden. Mit so einem Programm könnten aus WählerInnen Unter-

Griechenland: Die Troika lässt sich nicht abwählen, sie muss auf der Straße besiegt werden!

len. So radikal wie getan wird ist Syriza aber nicht: Sie will nur einen Teil der Schulden nicht zurückzahlen und die brutalen Kürzungen nur abmildern. Den Menschen wieder Luft zum Atmen zu geben sprengt aber unter den aktuellen Bedingungen bereits den Rahmen des Kapitalismus. Die Banken, die sich an Griechenland bereichert haben, können und wollen auf die Rückzahlung

Schon um nur ihre Wahlversprechen zu halten, müsste Syriza bewusst mit dem Kapitalismus brechen; sie braucht ein sozialistisches Programm. Keine Bezahlung der Schulden, die die normalen Menschen ohnehin nicht zu verantworten haben! Die „Marktwirtschaft“ hat die Menschen ins Elend gestürzt. Eine linke Regierung muss die großen Unternehmen übernehmen und sich an den Aufbau einer demo-

stutzerInnen auf der Straße und in den Betrieben werden. Statt einer Wahlpartei braucht es eine Kampfpartei, die Proteste bündeln und so erfolgreich machen kann. Das ist nötig, um den Angriffen standzuhalten! Das alles kann Startschuss für eine internationale Bewegung sein: Wenn von Griechenland eine internationale Lawine losgeht, kann die Krisenpolitik besiegt werden!

Tilman M. Ruster

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Nigeria: Angriff auf AktivistInnen

Am 30.11. wurden AktivistInnen der ERC (Kampagne für Bildungsrechte) von AnhängerInnen der Regierung angegriffen. An der Obafemi-Awolowo-Universität organisierten StudentInnen zuvor Proteste gegen den Präsidenten Jonathan, der dort mit seiner Partei eine Veranstaltung abhielt. Die AktivistInnen, darunter auch etliche Mitglieder des DSM (Demokratische Sozialistische Bewegung - CWI in Nigeria),

wollten damit auf die undemokratischen Strukturen an den Universitäten aufmerksam machen. Sechs StudentInnen wurden als Reaktion darauf später von Jonathan-AnhängerInnen mit Macheten schwer verletzt, Polizei und Unileitung vertuschten die Angriffe. Die ERC ruft zu weiteren Protesten und Aufklärung der Angriffe durch eine unabhängige, demokratisch gewählte Kommission auf.

www.socialistnigeria.org

Sri Lanka: Sozialist bei Wahlen

Bei den Präsidentschaftswahlen in Sri Lanka am 8.11. verlor der amtierende Präsident Mahinda Rajapaska gegen einen früheren Mitstreiter. Das Ergebnis wird an der Ausrichtung der Regierungspolitik wenig ändern: Kürzungs- politik, Korruption, Angriffe auf ArbeiterInnenrechte, Repression und Diskriminierung gegen TamilInnen bzw. Muslime. Die Schwesterpartei der SLP stellte mit Siritunga Jayasuriya einen so-

zialistischen Kandidaten. Siritunga war der einzige Kandidat, der den Abzug der Truppen aus den Tamilengebieten und die volle Gleichberechtigung der tamilischen Bevölkerung forderte sowie für den Aufbau einer MassenarbeiterInnenpartei eintrat. Die 8,840 Stimmen sind eine gute Ausgangssituation für den Aufbau einer politischen Kampagne gegen die kommenden Angriffe.

www.lankasocialist.com

Medienhetze

In Irland steht die Regierung einer Massenbewegung gegen die Wassersteuern gegenüber. Am 11.11. demonstrierten 100.000, am 14.11. wurde der Wagen der stellvertretenden Premierministerin in Jobstown/Dublin von wütenden EinwohnerInnen blockiert. Es folgten Lügen und Medienhetze gegen die Bewegung und insbesondere gegen das „Bündnis gegen Kürzungen“ (AAA) und die Socialist Party (CWI in Irland).

www.socialistparty.ie



Die nationale Frage zwischen Theorie und Praxis

Im Zuge sozialer Spannungen gewinnt die nationale Frage wieder an Bedeutung: Ein Test für Linke!

Aufgrund der Krise des Kapitalismus seit 2007/8 spitzt sich weltweite die soziale Lage weiter zu. Unwille und Unfähigkeit der politischen und ökonomischen Eliten, diese im Interesse der Massen zu beenden, führte zu Protesten auf der Straße, Streiks, Hausbesetzungen und ähnlichen Widerstandsformen. Auch die nationale Frage – die Forderung nach mehr Autonomie oder auch Unabhängigkeit – hat in diversen Ländern als Ventil für die Unzufriedenheit an Bedeutung hinzugewonnen, bzw. wurde als solche wiederentdeckt. In vielen Fällen war die nationale Frage immer eine zentrale, wie in Kurdistan. In anderen Fällen bricht eine gelöst geglaubte nationale Frage als Folge der ökonomischen Krise wieder auf. So in Schottland, wo das Recht auf nationale Selbstbestimmung seit der Thatcher-Regierung und ihrem Neoliberalismus wieder an Bedeutung gewann und nun im Referendum zur Unabhängigkeit mündete. Für die ArbeiterInnenklasse stellt sie dort eine Ausdrucksform des Widerstands dar, mit dem Wunsch nach einem Ausweg daraus Ausdruck verliehen wurde.

Die Schwesterpartei der SLP in Schottland, die Socialist Party Scotland (SPS), fordert ein unabhängiges sozialistisches Schottland und führte eine Kampagne rund um die sozialen, die Klasseninteressen durch. Zentral waren die Ablehnung jeglicher Sozialkürzungen und die Forderung nach Übernahme der Reichtümer Schottlands durch die Öffentlichkeit, mit demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die ArbeiterInnenklasse. Diese Positionen wurden in Massenkundgebungen verbreitet und führten auch zu einem starken Wachstum der SPS. Die „richtige Position“ der SPS bestand dabei sowohl in der Verteidigung des Selbstbestimmungsrechte für eine jede sich selbst als Volksgruppe sehende Gemeinschaft, als auch auf der essentiellen Verbindung der nationalen mit der sozialen Frage. Denn eine reine Konzentration auf den nationalen Aspekt führt in eine Sackgasse: Nur weil sich eine Nation konstituiert, bedeutet es nicht, dass Klassengegensätze überwunden werden. Sollte also Schottland sich von Großbritannien trennen, würde das für die ArbeiterInnenklas-

se noch keine Zukunft ohne Ausbeutung heißen. Nur die Kombination von Lösung der nationalen Frage und Überwindung des Kapitalismus können zu einer tatsächlichen Perspektive für die unterdrückten Klassen werden.

Gut ersichtlich war diese Problematik in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien. Formal war Jugoslawien ein „sozialistischer“ Republikenbund, der zwei Alphabeten, drei Religionen, vier Sprachen, fünf Nationalitäten in sechs Ländern mit sieben Nachbarn und acht Minderheiten zusammenhielten sollte. Real fehlte echte ArbeiterInnendemokratie, die soziale Frage war nicht gelöst, und damit auch die nationale nicht, da die Verteilung der knappen Ressourcen diese wieder anheizte. Und mit der Zuspitzung der sozialen Probleme ab den 1980er Jahren brach die nationale Frage unter dem erhöhten sozialen Druck wieder auf, führte zum Zerfall Jugoslawiens und blutigen Kriegen. Die stalinistische Etappentheorie (zuerst national, dann sozial), der auch der Titoismus folgte, führte somit letztlich auch

zum späteren reaktionär-nationalistischen Backlash in den einzelnen Teilrepubliken.

MarxistInnen stehen grundsätzlich für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker. Doch eine Lösung der konkreten Fälle kann nicht in einem bloßen Zitieren aus historischen Schriften gefunden werden. Die theoretische Basis ist dort gelegt, doch an aktuelle Herausforderungen muss dynamisch herangegangen werden. Zur Illustration hervorragend geeignet: Die Israel/Palästina-Frage. Teile der „Linken“ ziehen Trotzki-Texte von vor der Gründung Israels als Argumentationsgrundlage heran. Trotzki lehnte eine solche Gründung ab, erklärte, dass damit kein sicherer Hafen für JüdInnen zu schaffen wäre. Doch seither sind Jahrzehnte vergangen. Israel existiert, hat eine eigene Bourgeoisie und Proletariat entwickelt, es ist damit umzugehen wie mit anderen bürgerlichen und imperialistischen Staaten auch. Holocaust/Shoa einerseits und die Vertreibung und Unterdrückung der PalästinenserInnen andererseits haben die Situation weiter verkompliziert.

Auf kapitalistischer Grundlage kann gerade diese nationale Frage nicht gelöst werden. Die gemeinsamen sozialen Anliegen der israelischen und palästinensischen ArbeiterInnenklasse müssen ebenso ein Ansatzpunkt sein, wie die jeweils berechtigten Wünsche nach Sicherheit, Frieden und eigenem Land. Um diesen gordischen Knoten zu lösen, liegt die Lösung nicht in einem starrem Überstülpen von Texten, die in einer anderen Situation geschrieben wurden, sondern in der Anwendung des Instruments des dialektischen Materialismus. Ein sozialistisches Israel und ein sozialistisches Palästina als Teil einer sozialistischen Föderation im Nahen Osten verbinden nationale wie soziale Bedürfnisse. Nationalismus ist nicht progressiv, wenn er Instrument einer herrschenden Klasse zur Unterdrückung Anderer ist. Nur die ArbeiterInnenklasse kann in einem vereinigten Kampf für eine sozialistische Gesellschaft die nationale Unterdrückung und Spaltung auf Dauer lösen und überwinden.

Clemens Wiesinger



Mehr auf Seite 5

Nein zu Rassismus & Überwachung!

Mikl-Leitner, Kurz & Co. wollen Millionen für Überwachung und Aufrüstung ausgeben.

Seit den verabscheuungswürdigen Anschlägen von Paris nehmen Rassismus und Überwachungspläne zu. Le Pen (Front National) fordert ein Referendum über die Wiedereinführung der Todesstrafe. Die FPÖ stellt sich an die Seite der Hetzer von Pegida. Der Grazer Bürgermeister Nagl (ÖVP) fordert, dass die Religion am Meldezettel steht. Europaweit nehmen die Angriffe auf Moscheen und Moslems zu. Viel größer als die Gefahr von Terrorattentaten ist aktuell die Gefahr von Pogromen gegen Moslems. Rechtsext-

reme wie von Pegida oder den Identitären bereiten diese mit ihren Hetzveranstaltungen gegen „den Islam“ vor.

Und: Diese Stimmung wird letzten Endes auch dazu genutzt, um demokratische Grundrechte abzubauen. Kurz nach den Anschlägen wurde die Polizeipräsenz „im öffentlichen Raum“ massiv verstärkt. Obwohl angeblich kein Geld da ist, werden Millionen in Aufrüstung und Überwachung gepumpt. Auch die Vorratsdatenspeicherung ist wieder im Gespräch.

Millionen Menschen unterschiedlicher Herkunft gehen gemeinsam gegen den Terror auf die Straße. Und sie protestieren gegen Rassismus, der alle Moslems als potentielle Terroristen abstempelt. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, diese Stimmung aufzugreifen. Nicht in einem „Nationalen Schulterschluss“ mit den Regierungen. Sondern indem sie die Proteste gegen die Kürzungspolitik und den Rassismus der Regierung richten, die ja erst die Grundlage für den Terror legen!

Moritz Erkl



- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche - d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbefristeten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitäler in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.